



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Oppenheim, H. B. : Partei oder Coterie?

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Partei oder Coterie?

Als in Preußen und danach in vielen andern deutschen Staaten die „deutsche Fortschrittspartei“ sich bildete, als sie sich in Preußen wieder in verschiedene Elemente auflöste, da gab es eine Menge naiver Geister und darunter hervorragende Kammerredner, welche diese Vorgänge für rein parlamentarische hielten. Viele derjenigen, welche am lautesten an die Stimme des Landes, die Meinung des Volkes appelliren, glauben im Innern ihres Herzens am wenigsten an die Spontanität derselben. Sie sehen die treibende Kraft nicht, der sie gehorchen; sie bilden sich ein, vieles gemacht zu haben oder machen zu können, wobei sie nur sehr blinde Werkzeuge waren oder sind. Einzelne unwesentliche Nuancen und künstliche Combinationen abgerechnet, welche meistens nur die Uebergänge zu vermitteln oder die Gegensätze momentan abzustumpfen bestimmt sind, stellen die bestehenden Parteien sehr markirte Richtungen im Volke dar, und die Evolutionen der Kammerparteien, welche scheinbar auf gewisse persönliche Einflüsse zurückzuführen sind, spiegeln in der Regel eine tiefere Entwicklung des politischen Gedankens im Volke selbst ab. Nur mit dem Vorbehalte, daß das technische Wesen der Partei an sich auf gewissen Bedingungen und Voraussetzungen beruht, welche das darzustellende Bild zeitweise trüben, oft sogar für kurze Zwischenräume fälschen.

Zu diesen Voraussetzungen gehört vor allen Dingen, daß jede Partei aus einer Vermittelung mannigfacher individueller Ansichten hervorgeht. Nur die ganz schwachen Köpfe, welche ein Programm, ein System auswendig lernen, um das mühselige Selbstdenken auf ewig zu sparen und alle neu auftauchenden Fragen nach vorgeschundenen Formeln flugs zu beantworten, befriedigen sich rückhaltlos mit einer fertigen Parteibildung; die selbständig Denkenden sind genöthigt, mit einiger Ueberwindung sich derjenigen Partei anzuschließen, deren Gesammtrichtung ihren persönlichen Anschauungen annähernd am besten entspricht. Die Fortschritte ihrer individuellen Bildung müssen alsdann zur Mehrung des geistigen Capitals der Partei beitragen. Gerade diese Art von Einwirkung bringt sie folgerichtig in Widerstreit mit

jenen Zeloten, welche auf Dogmen schwören, obgleich sie die Geistesfreiheit stets im Munde führen, welche abstract denken aus Unwissenheit, niemals beirrt durch wachsende Erkenntniß, niemals den eigentlichen Lebensfragen näher tretend. Je beschränkter, desto intoleranter. Diese sogenannten „stählernen Charaktere“, welche in den Volksversammlungen die imposantesten Resolutionen durchsetzen, gefährden gerade am meisten die freiheitliche Entwicklung der Parteien durch ihr zähes Festhalten an unbrauchbar gewordenen Phrasen, durch ihre bornirte Buchstabenconsequenz.

Glücklich ein Land, wie England, das elastische Parteiformen historisch überkommen hat, welche weit genug sind, dem Individuum die freie Bewegung zu gönnen und fest genug, einer Niederlage zu widerstehen, in welchen alles, was regierungsfähig ist, sich sammeln kann, welche die neuen Elemente friedlich in sich verarbeiten, wie z. B. die Whigs allmählich die aus den Tories hervorgegangenen Peeliten in sich aufgenommen haben. Bei uns dagegen scheint es, als ob immer wieder ganz von vorn angefangen werden müßte. Die meisten Parteien in Deutschland vertreten abstracte Prinzipien ohne unmittelbare Anknüpfung an schon bestehende Gestaltungen oder an lebhaft im Volk empfundene Bedürfnisse. Daher die häufig wiederkehrende und doch nicht ganz gerechtfertigte Klage über die Schlassheit und politische Gleichgültigkeit des Volkes. Wenn nun einmal eine Partei sich praktische Ziele setzt, wird sie von rechts und links verdächtigt. Die Klassen selbst, deren Interessen sie vertritt, erkennen sich nicht wieder in dem Spiegelbild der politischen Parteiung; in der allgemeinen Sprachverwirrung einer hohlen und überlebten politischen Phraseologie versäumen sie es oft, ihre eigentlichen Vorkämpfer zu unterstützen.

Die Mehrzahl der Individuen in Deutschland betrachtet ihre persönliche Bethheiligung an der Politik immer noch als ein bloßes theoretisches Spiel, bei welchem es mehr darauf ankomme, eine Ansicht zur Geltung zu bringen, als ein Interesse zu fördern. Bei allen gewohnheitsmäßigen Beschwerden über bureaukratische Bevormundung liegt im Hintergrunde doch noch ein gewaltiges Vertrauen in die höhere Weisheit, die bessere Einsicht und Sachkenntniß der Behörden, ein Vertrauen, welches zur Folge hat, daß der Einzelne zwar über jeden Schnitzer und jede Unwissenheit der Beamten immer wieder von neuem tief entrüstet und hoch verwundert thut, aber selten die Entschlossenheit besitzt, durch eigenes Studium und emsige Selbsthilfe den Irrungen der Bureaukratie vorzubeugen, — eben weil in seinen stillen Voraussetzungen die Unwissenheit der Bureaukratie die Regel und die Irrung nur ein Ausnahmefall ist. Mit einem Worte: unsere besten Bürger thun noch immer nur den geringsten Theil dessen, was in ihren Kräften stünde, um sich der bureaukratischen Bevormundung zu entziehen und ein wirkliches

self-government herbeizuführen. Besser wäre es, wenn die Wortführer in den Bezirksvereinen und anderen Clubs darauf hinwiesen und den Widerstand gesetzlicher Selbsthilfe und Selbstverwaltung gegen die unbemessenen Competenzen der Administration in den einzelnen Rechtsgebieten organisirten, statt den allgemeinen Formelkram überlebter Programme immer wieder von vorn abzuleiern, — was schließlich eine Maschine nach Art der thibetanischen Betmühlen auch könnte, — wobei denn gelegentlich nur die kleine Modification eintritt, daß manchmal etwas mehr, manchmal etwas weniger mit der „socialen Frage“ schöngethan wird.

Auf diesem Felde und bei derartiger Behandlungsweise entschwindet die eigentliche Aufgabe einer ernsthaften oppositionellen Thätigkeit dem Gesichtskreise, der wesentliche Inhalt des Parteilebens geht verloren, die geistige Leitung geräth in die Hände derer, welche sich häufig zeigen, viel und oft sprechen, gleichviel was sie zu sagen haben, und die wirklich bedeutenden Führer sogar verlieren das Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für das, was im Namen der Partei geschieht und ausgesprochen wird. Es kann dann soweit kommen, daß die gelesensten Zeitungen im Namen der Partei Ansichten verbreiten, für welche deren parlamentarische Häupter nicht einzustehen vermögen, wogegen diese wiederum sich binden lassen durch theoretische Beschlüsse, welche im Strudel der Bezirksversammlungen einer zufälligen, zweifelhaften und schwach unterrichteten Majorität abgerungen wurden. —

Es galt lange für undemokratisch, dieses Mißverhältniß, das den Gegnern wohl bekannt war und oft zur Zielscheibe ihres Spottes gedient hatte, sich selbst einzugestehen. Je mehr sich aber, bei der Häufung unserer politischen Aufgaben, das Bedürfniß herausstellt, die wirkliche Volksmeinung zu erkennen und zu klären, um so nothwendiger wird es auch, die selbstgefälligen Täuschungen zu zerstören, welche mehr als alles Andere, zur Spaltung in der liberalen Partei beigetragen haben. —

---

Neulich frug mich ein unpolitischer Freund, welchen Ursachen der rasche Verfall der Fortschrittspartei zuzuschreiben sei? Er meinte nicht die numerische Abnahme, er meinte den idealen Gehalt. Mein Freund ist, wie die meisten halbgebildeten Dilettanten, in der Politik Ideologe: er sucht die Partei, welche dem demokratischen Gedanken den reinsten Ausdruck verleihe. Nun sind ihm die Männer, die er früher bewundert hat, immer unverständlicher geworden. Nachdem er den Abfall der einen betrauert hat, beklagt er den Verfall der Anderen. Er hatte sich darüber getröstet, daß die Capacitäten und Specialitäten, wie er sagte, sich in einer gemäßigteren Fraction zusammenfanden; er erklärte das für den Fluch des Fachwissens und der Detail-

gelehrsamkeit. Aber der moralische Gehalt sollte auch beim Abgang des intellectuellen, in der Fortschrittspartei intact bleiben. — Ich entgegnete ihm, daß er sich in Abstractionen bewege und daß gerade diese Unterscheidung von intellectuellem und moralischem Gehalt auf eine der verderblichsten Abstractionen zurückzuführen sei. Wie der Mensch mit seinen höheren Zwecken wächst, so schrumpft er zusammen, wenn er das Bewußtsein der Zwecklosigkeit in sich herumträgt. Ein Politiker, der den Werth seiner Leistungen nicht an erreichbaren Zielen zu messen gedenkt, wird leicht zum hohlen Schönredner; je weniger Positives er zu leisten vermag, desto eher geräth er, zur Bemäntelung dieser Dürftigkeit, in ein forcirtes Pathos, zu dessen Gunsten die gemeinplätzliche Gegenüberstellung von Talent und Charakter verwendet zu werden pflegt. Als ob die Zuverlässigkeit nur bei der Talentlosigkeit wohnte! Sollten gewisse Parteiprogramme in der That nur von denen treu eingehalten werden, welche nicht im Stande sind, sich darüber Rechenschaft zu geben? — Umgekehrt wäre es richtiger, zu sagen, daß die Abstimmungen derjenigen Abgeordneten sehr unzuverlässig sind, welche nichts können als abstimmen, die also nothwendig von irgend einer älteren Notabilität abhängig werden. Ich gebe zu, daß man nicht lauter selbständige Denker in die Landesvertretungen schicken kann; so reich ist das Land noch nicht an dieser Waare! Ich will nur sagen, daß die Parteien, welche mehr an das Selbstdenken appelliren, auch mehr moralische Würde aufzuweisen haben. Eine Partei aber, welche in einem schablonenhaften Programm verknöchert ist und jede neue Frage gleichsam in eine dogmatische Rechenmaschine setzt, aus welcher nur etwa diese oder jene bestimmte Antwort herauspringen kann, hat schon deshalb keine neuen Capacitäten, weil sie dieselben nicht gebrauchen kann, nicht gebrauchen will. Da stellt denn das Dogma von der biederemännischen Gesinnungstüchtigkeit zur rechten Zeit sich ein. Man könnte bekannte Führer nennen, welche sogar in den Reihen ihrer eigenen Anhänger dem unbedeutenderen, und namentlich dem schweigsamen Candidaten den Vorzug gaben vor anderen „minder sicheren“, weil begabteren und beredteren Individuen.

Allerdings ist die Beredtsamkeit, welche so oft perhorrescirt und noch öfter mißbraucht wird, nicht immer von wirklich parlamentarischer Brauchbarkeit; häufig ist es nur eine gewisse Routine, in den Volks- und Bezirksversammlungen erlernt und von da übertragen, oft mehr auf den Anhänger da draußen berechnet und an sie gerichtet, als zur Belehrung im Saale der Volksvertreter geeignet. Eine gewisse Art von „glänzender“, nicht sachlicher Beredtsamkeit trägt den Stempel politischer Unreife: sicherlich hat z. B. Jedermann Jules Favres letzte Rede über die römische Frage mit Bewunderung gelesen, aber wir preisen die Länder glücklich, wo solche Rhetorik keinen

Platz mehr findet, wo die Grundlagen des Staatslebens nicht mehr in unaufhörlichen Generaldiscussionen erörtert zu werden brauchen.

In neuester Zeit dürfte man sich mit der Hoffnung schmeicheln, die Politik der Zweckessen mit hochbegeisterten Toasten, der Guts- und Bluts-Adressen ohne thatkräftigen Rückhalt, sei nun ein für allemal durch die Ereignisse beseitigt; schon seit dem kläglichen Ausgang des kopflos unternommenen Classen-Kappellmann'schen Abgeordnetenfestes am Rhein hätte man es glauben sollen; wie man glauben sollte, daß die kosmopolitisch-demokratischen Congresse mit dem unfriedlichen Genfer Friedenscongreß zu Grabe geläutet worden wären. Aber es gibt bekanntlich Nevenants, und auch überlebte geschichtliche Formationen sterben nur langsam aus.

Allgemeine Prinzipien gehören in die Schul- und Lehrbücher, bilden aber nur dann einen festen Kitt für bestimmte Parteibildungen, wenn sie in zeitgemäßen, auf zunächst Erreichbares gerichteten Forderungen formulirt sind. Die Zeit, in welcher das Rottke-Welcker'sche Staatslexikon für den Inbegriff aller politischen Weisheit gelten konnte, ist nun einmal vorüber, und jene hohen Idealisten, welche an der Spitze der Jetztzeit zu marschiren wähnen, sind in der That nur Epigonen, engherzige, kleinstädtische oder kleinstaatliche, kennegeißernde Epigonen jener unfruchtbaren Epoche, wo die Bureaukratie sämmtliche öffentliche Angelegenheiten der Unterthanen uncontrolirt besorgte und der Unterthan von vornherein an eine praktische Betheiligung dabei gar nicht denken durfte. In jener trostlosen Zeit hat sich die weite Kluft zwischen Theorie und Praxis ausgebildet, welche ein Moment in der inneren Geschichte des deutschen Geistes bildet, für das bei keiner anderen Nation etwas Ähnliches zu finden ist. Hier liegt eine große, noch immer nicht beseitigte Gefahr; hier liegt die Quelle der berücktigten deutschen Thatlosigkeit und Träumerei, der individualistischen Rechthaberei und jenes großthuenden Pessimismus, der meistens nur die Maske der schöndesten Trägheit ist.

Dieses und dem Entsprechendes hatte man sich vor sechs bis sieben Jahren gesagt, als die Fortschrittspartei ins Leben trat und ein ansehnlicher Theil der alten Demokratie in ihr aufging. Damals schrien und jammerten die unverbesserlichen Radicalen vom reinsten Wasser über Abfall und Ver-rath, ungefähr wie jetzt die Fortschrittspartei gegen die Abtrünnigkeit der Nationalliberalen eifert, seitdem sie wieder in die Phraseologie des alten Radicalismus zurückgefallen ist. Diese rückläufige Bewegung ist nicht ganz die Schuld einzelner Individuen: sie hängt enge mit der constitutionellen Krisis in Preußen zusammen, — und zwar in so auffälliger Weise, daß in den anderen deutschen Staaten, wo sich damals deutsche Fortschrittsparteien nach dem Vorgang der in Preußen gegründeten bildeten (und selbst noch

sporadisch in altpreussischen Provinzen), dieselben noch heute sich Eins wissen mit unserer national-liberalen Partei, wogegen die Verbindungen, welche früher unter dem Namen der „Volkspartei“ der deutschen Fortschrittspartei opponirt hatten, jetzt mit den preussischen Trümmern derselben offen sympathisiren.

In den ersten Tagen ihres Bestehens hatte die Fortschrittspartei in Preußen keine andere Sorge, als die, den Rechtsboden der (octroyirten) Verfassung, den die demokratischen Genossen der Partei nicht lange vorher erst mit einiger Ueberwindung betreten, von nun an so rein und unverrückt wie möglich zu erhalten, die constitutionelle Rüstung, welche sie zum ersten Male trugen, nun auch im gesetzlichen Kampfe zu erproben. Daß daraus der Conflict mit dem Militärstaat hervorging, war nicht ihre Schuld. Aber die lange Zeit der Verfassungssifirung, der daraus resultirenden traurigen Pflicht einer an sich unfruchtbaren Negation drückte ihr wieder das Gepräge des alten hoffnungslosen Radicalismus auf.

Dem Verfassungsbruch gegenüber ist die allgemeine staatsbürgerliche Verpflichtung eine sehr einfache, sie heißt: Abwehr um jeden Preis. Die politische Aufgabe des Volksvertreters aber ist daneben noch eine andere, verwickeltere und schwierigere. Er darf sich nicht damit getrösten, daß er seine bürgerliche Pflicht erfüllt habe und der Erfolg bei Gott stehe, oder daß er Saamentörner austreue, in denen die Keime einer künftigen Revolution revborgen liegen. Es existirt noch hier und da in vielen unklaren Köpfen die dunkle Tradition, welche von einer großen Revolution, wie von einem Messias, das Reich des Heils erwartet. Daß das deutsche Volk seiner Grundanlage nach nicht revolutionär ist, daß es schon durch die mangelnde Centralisation auf andere Entwicklungsformen angewiesen ist, als die in derartigen Erschütterungen sich äußernden, daß man überhaupt mit Revolutionen nicht rechnet, das alles kann man täglich hundertmal versichern hören und zwar von denselben Leuten, welche dennoch die Consequenzen dieser Wahrheiten nicht zu ziehen vermögen, welche dennoch eine knabenhaft planlose Agitation ins Blaue hinein für den einzigen Weg zur Erriugung oder Vermehrung der öffentlichen Freiheiten halten. Das Schlimmste dabei ist, daß das Ohr des Volkes für die großen Worte abgestumpft wird, daß das ewige Anlaufnehmen ohne bestimmte Zielpunkte nicht einmal die Kräfte übt, sondern nur ermüdend und abspannend wirkt. Ein berühmtes Oppositionsmitglied, vielleicht der consequenteste Kopf der ganzen radicalen Partei, sagte es einmal gerade heraus, die Zeit des Conflictes sei der Zeit constitutioneller Compromisse weitaus vorzuziehen, sie sei die wahre politische Schule für das Volk. Und der Mann, der so denkt, ist weder Republikaner, noch Revolutionär sondern ein Mann, der seine Stimme für Erhöhung der königlichen

Civilliste abgab. — Dieselbe Anschauungsweise, welche die Thätigkeit des Volksvertreters nicht nach praktischen Resultaten bemißt, sondern auf unberechenbare moralische Wirkungen sich verläßt, fand sich folgerichtig auch noch befriedigt in jenen nutzlosen Budgetsberathungen der Conflictjahre, als die Regierung längst kundgethan hatte, daß sie sich an die Beschlüsse des Hauses nicht im mindesten kehre. Welche politische Demoralisation in solchem Treiben liegt, wo den Berathungen nothwendig aller Ernst fehlt und der Versammlung in ihrer schattenhaften Existenz allmählich die Würde und Selbstachtung abhanden kommen, das war gerade denen am wenigsten klar, welche stets nach dem Preis der „Entschiedenheit“ ringen. Gerade diese schauten ganz vergnüglich drein.

Ich bin weit entfernt, einige Abgeordnete für das verantwortlich zu machen, was dem ganzen Volke zur Last fällt, ja mehr noch der ganzen geschichtlichen Entwickelung zuzuschreiben ist; ich glaube im allgemeinen weder, daß die Erwählten der Nation — nach welchem Wahlgesetze immer — hoch über der Mehrheit ihrer Wähler, noch daß das Volk jemals hoch über seinen Auserwählten stehe. Darum nehme ich auch an, daß die Halbheiten, Inconsequenzen und innern Widersprüche der Opposition in der Zeit des Verfassungsbruches der Gesamtsstimmung und namentlich der politischen Energie des preussischen Volkes durchaus entsprachen; wohl aber möchte ich dagegen Verwahrung einlegen, als ob in solchen Tagen, wo Recht und Ehre auf dem Spiele stehen, der Abgeordnete unter allen Umständen zu fragen habe: Wird die Wählerschaft hinter mir stehen, werde ich wieder gewählt werden?

Nur wenige empfanden die ganze Schwere jener rechtlosen Zeit und suchten ernsthaft nach Mitteln, mit Ehren herauszukommen. Manche sogar mögen eine Haltung sehr bequem gefunden haben, zu deren „consequenter“ Behauptung weder Arbeit noch Wissen gehörte. Dem eigentlichen Bezirksvereinspolitiker mag die Gelegenheit, in altgewohnter Art Proteste und Resolutionen zu verfassen, verzweifelte Anschauungen in selbstgefälliger Weise vorzutragen, nicht gerade unwillkommen gewesen sein, wie tief er auch sonst wohl den Schmerz um das verrathene Vaterland empfunden habe. Leichtlich bildet sich in solchen Vereinen, die sonst sehr nützlich sein könnten, eine handwerksmäßige Agitationsmethode mit abgedroschenen Redensarten aus, deren Tragweite weder Redner noch Hörer mehr ermessen. Daß die Tonart durch Königgrätz keine wesentliche Aenderung erlitt, mag insofern zur Ehre gereichen, als auf der andern Seite die Gefahr vor Betäubung durch Kriegsruhm gar nahe zu liegen schien. Aber daß viele sich überhaupt in die Situation nicht finden konnten, weil sie auf dem hohen Pferde der Abstraction saßen, ist so erhaben nicht, als es aussieht. Es ist kein Zeichen gesunden politischen Lebens, wenn kleine, nach Zufälligkeiten zusammenge-

würfelte Versammlungen über die großen volksvertretenden Körperschaften rücksichtslos zu Gericht sitzen, und noch weniger, wenn Mitglieder dieser Körperschaften dazu selbst die Hand bieten. Auch in England kommt es manchmal vor, daß ein Parlamentsglied in einer populären Versammlung etwas mehr spricht, als er im Hause unmittelbar durchzusetzen bereit wäre; aber nach der Hand unterscheidet er das sehr wohl, er hütet sich doch vor bindenden Versprechungen und hält sich nicht für gefangen in den Netzen und Fesseln seiner eigenen Eloquenz. Der heftigste Radicale würde sich wohl besinnen, ehe er seine parlamentarische Stellung von seinem Verhältniß zu einem beliebigen Discussionsclub regeln ließe; und mehr als solch ein englischer Redeübungsverein sind unsre zahlreichsten Bezirksversammlungen auch nicht. — Es gehört freilich nicht viel dazu, in einer beliebigen Urwählerversammlung des Jahres 1867 einen Antrag auf schleunigste Einführung der Reichsverfassung von 1849 zu stellen, oder mit Pathos zu erklären, daß man lieber einen Reactionär wähle, als einen Nationalliberalen durchlasse.

Die Taktik, welche in solchen Willensmeinungen ausgesprochen liegt, wurde nur zu oft zur Richtschnur der Fortschrittspartei und aus den Clubsälen in würdigere Räume übertragen. Eben weil sie nicht mit Consequenz eine wirklich radicale Partei zu sein und ein prinzipiell festes Programm aufzustellen und zu befolgen vermag, darum mag sie eine praktisch liberale Partei nicht neben sich dulden. Wäre sie eine wirklich radicale Partei in der historischen Bedeutung des Wortes, und nicht bloß gelegentlich von einzelnen radicalisirenden Schriftstellern beeinflusst, so möchte ihr das Bestehen einer liberalen Partei, welche für bescheidene praktische Fortschritte auf dem Gebiete Majoritäten zu gewinnen weiß und ihr das Terrain für weitergehende Anträge ebnet, sehr willkommen sein. Denn daß sie nicht mehr ohne weiteres, auch wenn die national-liberale Partei sich auflöste, eine Majorität unter ihrer eigenen Fahne sammeln könnte, muß dem Naivsten ihrer Anhänger endlich klar geworden sein.

Keineswegs hat sich die ganze Fortschrittspartei stets von allen Compromissen fern gehalten; ein großer Theil ihrer Mitglieder ging auf die Indemnität ein, weil sie einsahen, daß das Volk sie sonst im Stiche lassen würde, aber sie scheinen den Inhalt und die Consequenzen ihrer eignen Beschlüsse nicht vollauf begriffen zu haben und fielen in die frühere Behandlungsweise der Geschäfte fortwährend zurück. Wohlbemerkt, unter allen denen, welche nach Königgrätz die Indemnität bewilligten oder die Bewilligung guthießen, hat wohl kein Mensch, der sich gesunder Sinne rühmen darf, an eine Befehung des Ministeriums Bismarck-Rippe zu wirklich liberalen Regierungsgrundsätzen geglaubt, wie die Organe der Fortschrittspartei damals von den Nationalliberalen zu vermuthen vorgaben. Niemals dürfte das Votum so

mißverstanden sein, als ob die Meinung gewesen wäre, Preußen stehe von diesem Augenblicke an unter einem so wahrhaft constitutionellen, ja parlamentarischen Regierungssystem, daß die Opposition entwaffnen könnte. Auch die sich der neuen Ordnung der Dinge aufrichtig freuten, haben wohl gewußt, daß nicht im Handumdrehen ein Rechtsstaat begründet und befestigt wird, daß selbst der gute Wille der leitenden Minister, wenn das Vorhandensein desselben angenommen werden dürfte, dazu noch lange nicht ausreichen würde. Aber selbst der Ministerpräsident hatte frühzeitig dafür gesorgt, daß männiglich vor Illusionen bewahrt bleibe. Dennoch hieß es bei jeder neuen reactionären oder unconstitutionellen Maßregel immer wieder in den Versammlungen, wie in den Blättern der Fortschrittspartei: „Seht ihrs nun, ihr Nationalliberalen, wo bleibt da eure Zwei-Seelentheorie?“ — Immerhin war an der sogenannten Zwei-Seelentheorie wenigstens das unbestreitbar wahr und richtig, daß Bismarck die deutsche Politik nach andern Zielpunkten und mit andern Mitteln betrieb, als die der alten Kreuzzeitungspartei gewesen, und daß er darum auch in einer Reihe damit zusammenhängender innerer Fragen sich nach neuen Bundesgenossen umzusehen genöthigt war. Jedenfalls hat vermittelst dieser Wendung das Herrenhaus beträchtlich an Macht und Autorität verloren und hat sich unterdessen eine sog. „freiconservative“ Partei gebildet, die sich durch das Bestreben, auf dem Boden der Verfassung zu stehen und zu wirken, nicht unwesentlich von allen bisherigen conservativen Fractionen Preußens unterscheidet.

Da ich die Zeitungen der Fortschrittspartei hier mehrmals anzuführen genöthigt war, so muß ich hinzufügen, daß die parlamentarischen Führer derselben früher mit einiger Sorgfalt jede Verantwortung dafür abzulehnen pflegten. Wenn es in letzter Zeit so genau nicht mehr damit genommen ward, so ist daraus weder zu schließen, daß der Ton dieser Zeitungen sich gehoben hätte, noch daß die Partei an innerer Einheit das gewonnen hätte, was sie an äußerer Ausdehnung verloren, sondern nur, daß die Bewegung gegen die vermeintlichen Feinde oder Rivalen acuter und heftiger geworden. Ein besonders beliebter Schachzug in den polemischen Feldzügen gegen die Nationalliberalen war es, wie schon angedeutet, dieselben immer wieder als hirnlose Optimisten darzustellen. Zum Beispiel: ein Handwerksbursche wurde aus Kostock ausgewiesen, ein Handlungsreisender in Kyritz vom Magistrate chicanirt. Sofort hieß es in der Volkszeitung oder der Zukunft: „Herr Braun, Herr Rasler, wo bleibt eure Freizügigkeit?“ — Als ob alle Gesetze und Beschlüsse, welche die Fortschrittspartei votirt hat, unverbrüchlich gehalten worden wären! Soll man etwa kein gutes Gesetz machen, weil oder so lange die Uebertretung desselben nicht zu den absoluten Unmöglichkeiten gehört? — Beklagt ihr den Mangel an constitutionellen Garantien, wir em-

pfänden ihn so lebhaft als ihr; aber wir wissen, daß constitutionelle Garantien nicht so ohne weiteres von einem Tag zum andern durch die Mehrheit einiger Stimmen einer siegreichen Regierung abzurufen sind, daß mit bloßen papiernen Grundrechten, einem Verfassungsgeiß und einer Lex imperfecta über Ministerverantwortlichkeit wenig geschehen ist. Handelt es sich dagegen um Budgetrecht, self-government, Unabhängigkeit der Gerichte, Förderung der materiellen Interessen, so hat die nationalliberale Partei die Frage, von welcher Seite am meisten dafür geschehen sei, wahrlich nicht zu scheuen. Es liegt kein besonderer Ruhm darin, gegen eine Militärorganisation zu stimmen, die nach einem ersten glorreichen Kriege in einer Zeit neuer kriegerischer Gefährdung und allgemeiner Rüstungen, wo ganz Europa sie nachzuahmen trachtet, doch unantastbar ist; noch ist es besonders verdienstlich, sein Nein gegen eine Bundesverfassung auszusprechen, ohne sich auch nur ein Bild davon zu entwerfen, was daraus werden sollte, wenn — was man allerdings selber nicht hoffte, auch wohl nicht wünschte — dieses Nein die Majorität für sich gewonnen hätte. Freilich hatte es in dem Antrage von Waldeck, Virchow und Hoverbeck (im preussischen Abgeordnetenhaufe, Sitzung vom 5. Mai 1867) wörtlich geheißen: „daß alle diese Opfer an Volksrechten die Einigung Deutschlands eher hindern als fördern, daß die einheitliche militärische Macht Deutschlands nach außen hin durch die geschlossenen Militärconventionen und Bündnisse für die nächste Zukunft gesichert ist; daß kein Hinderniß entgegensteht, um den jetzt mißlungenen Versuch der Gründung eines Bundesstaats von neuem aufzunehmen.“ Indessen erklärte die Fortschrittspartei, als einmal die Bundesverfassung angenommen war, sich auf den Boden derselben zu stellen. Das war ganz verständig, denn es verstand sich ganz von selbst. Allein zu gleicher Zeit veröffentlichte sie in ihrem neuen Programm, neben dem ausgesprochenen Vorsatz, die Bundesverfassung im Sinne freiheitlicher Entwicklung ausbilden zu wollen, den ganzen eben citirten Antrag von Waldeck, Virchow und Hoverbeck, in welchem doch ausdrücklich gesagt wird, daß die „Bundesverfassung für eine weitere Ausbildung im Sinne freiheitlicher Entwicklung keine Aussicht gewährt.“ — Wie weit die Gedankenlosigkeit solcher auf die Masse berechneter Veröffentlichungen gehen kann, bewies in jener Zeit ein von einem berühmten Gelehrten im Namen der Fortschrittspartei verfaßtes Wahlrundsreiben, welches dem preussischen Volke erklärt, daß ihm durch die Bundesverfassung mehr Rechte genommen seien, als es jemals besessen, noch aber seien ihm Rechte genug geblieben, um damit die verlorenen zurückzuerobern! — Wenigstens wurde Virchows merkwürdige Kritik des Militärbudgets, wonach die 225 Thaler per Soldat noch außer allen indirekten Bundeseinnahmen durch Steuern aufgebracht werden müßten (vergl. die stenographischen Berichte des preussischen

Abgeordnetenhauses, fünfte Sitzung am 7. Mai 1867, Seite 54, erste Spalte und Seite 55, erste Spalte), nicht in das renovirte alte Programm der Fortschrittspartei mit aufgenommen. Selbst die äußerste Rechte verzichtet auf den Versuch, diese überkünstelte Auslegung ernsthaft zu nehmen.

Dagegen wurde auf Anlaß des Gerüchtes, daß sich der Bundesrath mit einer Ausgleichung der Tabaksteuer über das ganze Zollvereinsgebiet beschäftigen, die Parole: „keine neuen Steuern“ für die zweiten Reichstagswahlen in Scene gesetzt, und mit der Verdächtigung verbreitet, als ob die nationalliberale Partei thatsächlich schon bereit wäre, das Volk höher zu belasten. Also erschien plötzlich das bisherige Steuersystem so vortrefflich, daß an eine Verbesserung nicht gedacht werden durfte. Also ward ohne weitere Ueberlegung und ohne alle Debatte angenommen, daß die Centralgewalt des Bundes auf Matrikularbeiträge angewiesen sein müsse, statt auf direkte Reichssteuern, worin doch ein entschiedener Protest gegen die Consolidirung des Bundes liegt.

Der Zufall wollte, daß in denselben Tagen der Kämmerer der Stadt Berlin, den die Fortschrittspartei daselbst als Candidaten aufgestellt hatte, als städtischer Finanzkünstler eine enorme Erhöhung der ohnedies schon drückenden Miethssteuer beantragte.

Während also im großen Ganzen das Mißtrauen der Fortschrittspartei gegen die neue Ordnung der Dinge so weit ging, die Entwicklungsfähigkeit der Bundesverfassung nicht nur zu bestreiten, sondern auch die Entwicklung der Bundesorgane thatsächlich zu hemmen, weil man plötzlich in der preussischen Landesverfassung alle möglichen Vortrefflichkeiten entdeckt zu haben wähnte, schlugen die Zufälligkeiten und Willkürlichkeiten der lebhaft betriebenen Wahl agitation gelegentlich auch in das gerade Gegentheil der solchergestalt beobachteten Haltung um. So sprach z. B. der Abgeordnete Duncker in einer berliner Wählerversammlung davon, daß der preussische Landtag zukünftig ganz wegfallen dürfte und dem Reichstag bald nur noch Provinziallandtage gegenüber stehen sollten. Kaum war das kühne Wort gefallen, so nahm ein Rundschreiben des Centralcomités der Fortschrittspartei Bezug darauf, freilich um mit dem Ausdruck der Verlegenheit anzudeuten, daß diesem Zukunftsprogramm nothwendig erst eine Reform der Provinzialstände vorausgehen müsse.

So war denn zur selben Zeit in der Partei, welche sich vorzugsweise die Deutsche genannt und aus früherer Zeit einige bedenkliche Reden gegen preussische Großmachtspolitik und Großmachtsdünkel zu vertreten hatte, bald ein specifisch preussischer Standpunkt zu erkennen, bald wiederum ein gelegentliches Umschlagen in ein schroffes und unvermitteltes Einheitsprogramm.

Wäre es nicht längst ein in der Seelenkunde feststehender Erfahrungssatz, daß die Unduldsamkeit gegen fremde Anschauungen in dem Maße steigt,

je unreifer und unbegründbarer die eigenen Anschauungen sind, so hätte man sich über die Intoleranz der Fortschrittspartei bei so vielen Widersprüchen in ihrem eigenen Schooße und einem so wenig festen Programm billig verwundern können. Dieselben Widersprüche, welche bei den Wahlbewegungen zu Tage traten, machten sich auch im parlamentarischen Wirken geltend. Der Gefinnungsterrorismus, der gegen die Bundesverfassung aufgeboten worden, hatte nicht den gewünschten und erwarteten Erfolg gehabt. Die Provinzen glaubten es dem oben erwähnten Dreimännerantrage nicht, daß der Vorlegung und allseitigen Annahme eines freisinnigeren Bundesverfassungsentwurfes wirklich kein Hinderniß im Wege stünde, sie glaubten auch nicht, daß bloße Militärverträge, besonders in kritischen Zeitläuften, das staatsrechtliche Band ersetzen könnten, und waren nicht wenig erstaunt, diese Behauptung gerade von den „entschiedensten“ Liberalen aussprechen zu hören. In provincialen Wahlkreisen wurde denn auch vielfach der Versuch gemacht, die Bedeutung des verneinenden Votums der Fortschrittspartei möglichst zu mindern. In der That konnte die Abstimmung gegen eine Verfassung, welche das legale Erzeugniß des allgemeinen Stimmrechts war, kaum vom Standpunkte des consequentesten Radicalismus aus gerechtfertigt werden, und auch diesen haben ja die einflußreichsten Mitglieder der Fortschrittspartei niemals eingenommen. Aber noch weniger durfte eine consequent liberale Partei, besonders nachdem sie sich einmal auf den Boden der Bundesverfassung gestellt und die Wahlen zum constitutionellen Reichstage angenommen, das Organ des allgemeinen Stimmrechts in seiner Autorität zu schwächen suchen. Welchen andern Sinn und Zweck konnte aber das Votum der Fortschrittspartei gegen eine Adresse nach Eröffnung des zweiten Reichstages haben, da doch in diesem Moment kein anderes Mittel gegeben war, das Parlament aus den rein technischen Beschäftigungen in die Sphäre der höheren Politik zu erheben und dadurch dem Drang nach nationaler Einheit einen gewaltigen Ausdruck zu verleihen? Ich übergehe die kostbaren Argumente, womit ein Antrag gefährdet wurde, dessen Beseitigung ein Triumph der Particularisten gewesen wäre. Herr Ziegler, der Unberechenbare, der vor dem Kriege von 1866 Geist und Muth genug gehabt hatte, in seiner Breslauer Wahlrede zu sagen, das Herz der Demokratie schlage da, wo Preußens Fahnen wehen, wurde in das Vordertreffen geschickt und warnte vor der Beunruhigung der Börse, indem er hinzufügte, man brauche dem Grafen Bismarck nicht erst Muth und Entschlossenheit einzuflößen. — Aehnliches wiederholte sich am Schluß des zweiten Reichstages beim Braun'schen Antrage, nur unter noch erschwerenderen Umständen. Dieser Antrag bezweckte bekanntlich, die Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge mit den süddeutschen Staaten an die Bedingung der Schutz- und Trugbündnisse zu knüpfen, die Gemeinschaft der materiellen Interessen von der Ge-

meinschaft der Vaterlandsvertheidigung abhängig zu machen und somit den folgenreichsten Schritt zur Verwirklichung der deutschen Einheit zu thun. Eine andere kaum minder wichtige Seite des Antrages bestand darin, daß die Befugnisse der Volksvertretung sich hier zum erstenmale in praktischer Anwendung über ein Gebiet erstreckten, das bisher zur sogenannten auswärtigen Politik gerechnet ward und das jedenfalls noch auf Staatsverträgen beruhte. Da hörte man denn von der äußersten Linken, sie wolle der Regierung die Verantwortlichkeit nicht abnehmen oder erleichtern, — nachdem doch in monatelanger Polemik die ganze Verantwortlichkeit der Bundesregierung als eine rein illusorische, ja völlig nichtige dargestellt worden war; und dergleichen Gründe mehr. Was waren die eigentlichen Motive? Fürchtete man die Sympathien der süddeutschen Radicalen zu verschmerzen, wollte man um keinen Preis die Action der national-liberalen Partei unterstützen, oder witterte man etwa, daß der Antrag dem Bundeskanzler und Ministerpräsidenten gelegen kommen könnte? — Das letztere Argument wurde vielfach angedeutet, niemals abgeleugnet. Eine solche negative Haltung, die nicht ihre Gründe aus der Sache selbst schöpft, würde kaum den Namen einer systematischen Opposition, noch weniger den eines consequenten Radicalismus verdienen!

Beim Landtag, wie beim Reichstage hielt die äußerste Linke überall an dem bureaukratischen alten Schlendrian der Commissionsberathungen fest, als ob die Commissionsberichte, einige technische Specialitäten abgerechnet, im besten Falle etwas anderes liefern könnten, als ein Bild der Stimmungen und Ueberzeugungen des Hauses, wie es aus den Berathungen im Plenum viel unmittelbarer hervortritt. Als sich einmal auch der Finanzminister unvorsichtigerweise für die neue Berathungsform des Budgets erklärt hatte, da machte gleich ein Abgeordneter frohlockend und warnend darauf aufmerksam.

Also ein Antrag, der von einem Minister unterstützt wird, oder einem Minister angenehm sein könnte, ist an sich schon verwerflich. Aber der Lasfersche Antrag auf eine authentische Interpretation des Artikels 84 (zum Schutze der Redefreiheit) sollte, nach dem Erachten der Hauptredner der Fortschrittspartei, nur dann annehmbar sein, wenn die Regierung sich zum Voraus dafür erklärte, mit anderen Worten: wenn er ein abgekartetes Spiel wäre. Das vollständigste Verkennen des Wesens, Zwecks und der Bedeutung einer authentischen Interpretation lag darin, wenn man eine solche den Rechtsprüchen des höchsten und anderer Gerichtshöfe gegenüber — zumal, nachdem Herr Frenzel von der Fortschrittspartei sogar das über ihn ergangene Urtheil durch Unterlassung der Appellation hatte rechtskräftig werden lassen — für überflüssig oder für compromittirend halten wollte. Die Rücksicht, ein unbedingt giltiges Fundamentalgesetz der Verfassung nicht in Frage zu stellen,

sprach wohl gegen den Guerdard'schen Antrag auf Verfassungsänderung, nicht aber gegen den Lascker'schen, welcher Bestätigung, nicht Aenderung verlangte. Weil die von Lascker vorgeschlagene Deklaration, wenn abgeworfen, das alte Recht angeblich noch tiefer erschüttern würde, darum — thaten sie ihr Möglichstes, die Deklaration zu Falle zu bringen!! — Es war ihnen erlaubt, die Einbringung des Antrages, wenn er ihnen schädlich schien, mit allen Kräften zu verhindern, sobald aber der Antrag einmal dem Hause angehörte, mußten sie jedenfalls dafür stimmen, zumal sie kein anderes Schutzmittel für das bedrohte Recht der Redefreiheit in petto hatten, — außer Herr Virchow, der eine Adresse an die Krone (!) für angemessener hielt, das aber nur beiläufig erwähnte, ohne einen bestimmten Antrag zu stellen.

Doch genug der Exemplificationen! Unsere alten Parteigenossen müssen bei all' ihrer mimosenhaften Empfindlichkeit, mit welcher sie jede sachliche Erwiderung ihrer persönlichen Angriffe voll sittlicher Entrüstung zurückzuweisen pflegen, doch zugeben, daß ich bloß einen Theil der hierher gehörigen Thatsachen angeführt, daß ich die Beispiele weder falsch ausgebeutet, noch parteilich verwerthet habe. Meine Kritik ist selbstredend keine persönliche je höher ich einzelne Persönlichkeiten der Fortschrittspartei achte und selbst verehere, um so gebotener erschien mir die Aufgabe, die prinzipiellen Fehler in der Zusammensetzung und letzten Entwicklungsphase dieser Partei nachzuweisen. Ich wollte darthun, daß sie weder eine radicale Partei ist, welche über ihrer Zeit steht und sich von den Heischnissen und Bedürfnissen der augenblicklichen Lage für befreit erklären darf, noch eine praktisch liberale Partei, welche den Forderungen und Nothwendigkeiten der Gegenwart in verständig vermittelnder Weise gerecht wird, daß sie zwar die Elemente des einen wie des andern Standpunktes in sich trägt, aber nicht mehr die Kraft besitzt, diese Gegensätze in sich zu überwinden und sich zu einer einheitlichen Partei zu gestalten. Eine straffe Einheit der Ueberzeugungen ist allerdings heutzutage fast bei keiner zu ermöglichen; Wind und Wetter sind bei der raschen Entwicklung maßgebender Thatsachen der Parteibildung auf theoretischen Grundlagen nicht günstig und der Einzelne ist nicht immer ohne weiteres nach seiner Parteistellung abzuschätzen. Selbst die conservative Partei konnte der starken Strömung der Begebenheiten nicht widerstehen; weil nun die sogenannten Freiconservativen den parlamentarischen Einfluß vielfach mit den Nationalliberalen theilen, darum geschieht es manchmal, daß Wagner von den Altconservativen die „Consequenz“ der äußersten Linken preist, und so, wie auch bei einigen Abstimmungen, die beiden Extreme sich die Hand zu reichen scheinen. Abgesehen davon, daß Consequenz an sich, abstracte Consequenz noch keine Tugend ist, so wird das Lob der Consequenz, das in diesem gegebenen Falle schon durch die Person des Lobenden besonders verdächtig

wird, doch nimmermehr einer Partei beizulegen sein, deren geistige Arbeit zum großen Theile darin aufgeht, die widerstreitenden Elemente in ihrer Mitte zu beschwichtigen. Dieser Umstand nöthigte sie, zumal in der deutschen Frage, zu der negativen Haltung, welche den Schein des Radicalismus an sich trägt und welche stets an die Zeit des Verfassungsconflictes erinnert. Damals konnte es ziemlich gleichgiltig sein, ob ein Abgeordneter annexionistisch oder augustinburgisch dachte; wenn aber die deutsche Frage, wenn die brennendsten Interessen der nationalen Existenz auf das Tapet kommen, da gehört es zu den Merkmalen einer wirklichen Partei, daß alle ihre Genossen an einem Strange ziehen. Daß dies bei der Fortschrittspartei nicht der Fall ist, erklärt zum Theil auch den Widerspruch zwischen ihren populären Präntionen einerseits und der Art ihrer parlamentarischen Thätigkeit andererseits. In ihren Rundschreiben und ähnlichen derartigen Manifestationen klagt sie über die Schaffheit des Volkes bei den Wahlen; aber wenn sie damit Recht hat, darf man dann einem Volke, welches angeblich durch dreimaliges Wählen in einem Jahre schon ermüdet ist, auf die Dauer ein negirendes und radicalisirendes politisches Verhalten zumuthen? — Die Fortschrittspartei hat die größere Anzahl ihrer Wahlkreise verloren, und zwar in den alten Provinzen meistens an Conservative. Wie ungerecht ist es daher von ihr, sich über die gemäßigt liberalen Wahlen der neuen Provinzen (welche an unserem Verfassungsconflict nicht theilhaftig waren und unmöglich geneigt sein können, diese häßliche Erbschaft anzutreten), zu beschweren, durch welche gerettet wird, was zu retten ist und was die Fortschrittspartei, wenn auf sich allein angewiesen, jedenfalls verlieren würde. Viele ihrer Wahlkreise wären vielleicht dem gemäßigten Liberalismus zu erhalten gewesen, hätte sie es nicht meistens absichtlich und grundsätzlich auf die Entscheidung zwischen den beiden Extremen ankommen lassen, — gerade als ob sie vorzöge, ihre Ansichten in der Minorität zu verkündigen, statt durch bescheidene Vermittelung praktische Resultate zu erzielen.

So lange sie selbst die Gesinnungsunterschiede mit päpstlicher Unfehlbarkeit ihren frühern Gefährten „ins Gewissen zu schieben“ bemüht ist, darf sie sich über solchen, vielleicht ungerechten, Verdacht kaum beschweren. Aber mit Gefühlsausbrüchen, Verdächtigungen und Gemüthsbewegungen ist die Spaltung in der liberalen Partei nicht zu heilen, — wenn sie überhaupt geheilt werden soll. Jedenfalls ist es der liberalen Sache förderlicher, die prinzipiellen Unterschiede mit demokratischer Offenheit blozulegen, als sie um des lieben Friedens willen zu vertuschen und den trügerischen Schein der Einigkeit, der in der That niemanden mehr täuschen kann, aufrechtzuhalten, daß er die Thätigkeit auf beiden Seiten lähmt und alle die Actionen verhindert, über welche sich nicht die gesammte liberale Partei in der Kürze

verständigen kann. Weil von jener Seite gar zu häufig versucht wurde, das Monopol der Gefinnungstüchtigkeit, Charakterfestigkeit und Ueberzeugungstreue für sich in Anspruch zu nehmen, darum mußte von unserer Seite der Beweis geführt werden, daß es sich bei dem Zwist der Fractionen nicht um ein Mehr oder Weniger von Liberalismus oder Patriotismus handelt, sondern um die Frage, wer die gegenwärtige Situation besser versteht und die wahren Interessen des Volkes darin sicherer wahr? Das sind Fragen der Logik und nicht der Moral.

Die beiden Erben der alten Fortschrittspartei, von denen jeder den ächten Ring zu besitzen glaubt, werden sich nicht mehr in derselben Fräction zusammensinden, aber sie werden, wenn jede von ihnen wirklich ihren eigenen Beruf hat und zu erfüllen versteht, eine Partei ist und keine Coterie, sich gegenseitig achten lernen und in ihrer Wirksamkeit einander ergänzen. Die aber in bloßes Coteriewesen verfällt, mit persönlichen Präentionen und persönlichem Hader, die wird über kurz oder lang, trotz rühmlichster Vergangenheit und vieler großen Namen, den Platz räumen müssen, und zwar im Interesse des Liberalismus. Auf welche Weise das geschehen werde, steht dahin, daß es geschehen wird, ist klar.

H. B. Oppenheim.

### Aus Mecklenburg-Schwerin.

Einige Wochen nach dem Schlusse der Rechtssession versammelte sich der mecklenburgische Landtag, um über die gewöhnlichen, die Contribution betreffenden Propositionen und daneben über die von den beiden Landesherrn verlangte außerordentliche Beihilfe zu den Bundeskosten zu berathen. Obgleich die constitutionelle Partei keine Ursache hatte, von der Initiative des Landtags irgend einen Schritt in der Richtung auf eine Verfassungsreform zu erwarten, so fanden doch, vielleicht nur in der Absicht, die Abneigung des Landtags gegen jede Verfassungsänderung noch einmal zu constatiren, die Bürgervertretungen einzelner Städte (Rostock, Güstrow zc.) sich veranlaßt, ihren Bürgermeistern den Wunsch auszudrücken, daß sie in der Landtagsversammlung den Antrag auf Herbeiführung einer constitutionellen Landesverfassung stellen möchten. Ja selbst der Magistrat einer Stadt, der Residenzstadt Schwerin, ertheilte dem Landtagsdeputirten einen Auftrag gleichen Inhalts. Aber die Bürgermeister gingen schweigend über diesen Punkt hinweg; nur der Deputirte der Stadt Schwerin entledigte sich seines Auftrages, jedoch